

Thronrede beim Schlusse des Land- tags am 12. Februar c.

Erlaucht, edle und geehrte Herren
von beiden Häusern des Landtages!

Bei der Eröffnung der gegenwärtigen Sitzungs-
periode war es der Wunsch der Regierung Sr. Maj.
des Königs, zunächst die gefährdete Ordnung des Staats-
haushalts neu zu sichern, außerdem aber wichtige Re-
formen der Gesetzgebung mit der Landesvertretung zu
vereinbaren.

Die königliche Regierung erkennt es mit Dank
an, daß die beiden Häuser des Landtages zur Bewälti-
gung der Schwierigkeiten der Finanzverwaltung bereit-
willig die Hand geboten haben. Durch die Annahme
des Konsolidationsgesetzes ist ein wichtiger Schritt ge-
setzt, um dem Staate eine freiere Bewegung in Be-
treff der Tilgung der Staatsschulden zu ermöglichen.
Die dadurch herbeigeführte Minderungsanleihe, sowie die
anfechtbaren Einnahmen des Staatsschatzes haben es
zur Genugthuung Sr. Maj. des Königs gestattet, für
das Jahr 1870 das Gleichgewicht zwischen den Ein-
nahmen und Ausgaben des Staates wieder herzustellen,
ohne die Steuerkraft des Landes in erhöhtem Maße in
Anspruch zu nehmen. Zugleich wurde die Möglichkeit
gewonnen, auch Bedürfnisse, welche vorher zurückgestellt
werden mußten, Abhilfe zu gewähren. Wenn dies in
Betreff mancher berechtigten Wünsche noch nicht an-
gänglich war, so wird es hoffentlich gelingen, durch
zweckmäßige weitere Reformen und angemessene Erhö-
hungen einzelner Steuern sowohl zur Ermäßigung anderer
als zur Vermehrung nützlicher Ausgaben die Mittel zu
erlangen.

Dem Zusammenwirken des Landtages mit der
königl. Regierung wird das Land eine erhebliche Zahl
nützlicher Gesetze auf den verschiedenen Gebieten der
Staatsverwaltung verdanken.

Durch das Gesetz über die Großjährigkeit ist ein
den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechender
einheitlicher Termin derselben für die gesamte Monarchie
festgestellt worden.

Die Einrichtungen der Handelskammern haben eine
den Bedürfnissen und Wünschen des Handelsstandes ent-
sprechende Regelung erfahren.

Die Gesetzgebung in Betreff der Grundsteuer ist
auf sämtliche Provinzen der Monarchie ausgedehnt
worden.

Die Reform der Lehrer-Wittwen- und Waisenkassen
konnte Dank der von Ihnen genehmigten Finanzmaß-
regeln zur gesicherten Durchführung gelangen.

Das Kreditwesen in den Provinzen Hannover und
Hessen-Nassau ist in Uebereinstimmung mit den Wün-
schen der Provinzial-Vertretungen neu geregelt worden.

Durch die Gesetze über die Rheinschiffahrt und
über die Schöpfung des Wildes, sowie durch eine Reihe
anderer Gesetze wird allseitig erkannten Bedürfnissen
abgeholten.

Dagegen sind die wichtigen Vorlagen, durch welche
umfassende Reformen auf dem Gebiete der inneren Ver-
waltung, der Rechtspflege und des Unterrichtswesens
angebahnt werden sollen, nicht zum Abschlusse, zum
Theil noch nicht zur Erledigung in einem der beiden
Häuser gelangt.

Die Regierung Seiner Majestät hatte bei der früh-
zeitigen Vorlegung der betreffenden Entwürfe auf einen
günstigeren Verlauf der Beratungen um so mehr rechnen
zu dürfen geglaubt, als sie ihrerseits bestrebt gewesen
war, in den vorgelegten Entwürfen die Grundlagen für
einen befriedigenden Ausgleich der verschiedenen Inter-
essen und Auffassungen darzubieten.

Die bisherige Beratung der Kreisordnung hat in
wesentlichen Theilen des vorgelegten Entwurfes Ab-
weichungen der Ansichten des Hauses der Abgeordneten
von denen der königlichen Regierung konstatirt. Dem-
gegenüber giebt die königliche Regierung die Hoffnung
nicht auf, daß auf den Grundlagen des Entwurfes eine
allseitige Verständigung erreichbar sei, und daß die wei-
tere Beratung in beiden Häusern, wenn nicht zu einer
endgültigen Vereinbarung, doch zu einer erwünschten
Klärung der Auffassungen führen und hierdurch die
künftige Lösung der Aufgabe erleichtert werde.

Die königliche Regierung ist ferner von der An-
sicht durchdrungen, daß die beabsichtigte Reform des
Hypothekenwesens einem dringenden Bedürfnisse, beson-
ders des Grundbesitzes, entspricht.

In dieser Ueberzeugung hatte die königliche Re-
gierung im Hinblick auf die bevorstehende Session des
Landtages des norddeutschen Bundes eine einstweilige
Vertagung des Landtages und die Wiederaufnahme der
begonnenen wichtigen Arbeiten nach einigen Monaten
für angemessen erachtet. Sie wurde hierbei einerseits
durch die gebotene Rücksicht auf die größere nationale
Gemeinschaft, zugleich aber von der Hoffnung geleitet,
daß die Zeit der Vertagung der Vorbereitung einer
weiteren Verständigung über die wichtigen Reformgesetze
förderlich sein werde.

Nachdem der Antrag der Vertagung von dem einen
der beiden Häuser abgelehnt worden ist, liegt es in der

Absicht der Regierung Seiner Majestät, durch eine außer-
ordentliche Session dem Landtage zur Sicherstellung
wenigstens eines Theils der Ergebnisse der bisherigen
Beratungen Gelegenheit zu geben.

Die gegenwärtige Session der beiden Häuser des
Landtages erkläre ich im Allerhöchsten Auftrage Seiner
Majestät des Königs hiermit für geschlossen.

Landtags-Verhandlungen. Herrenhaus.

17. Sitzung vom 12. Februar.

Der Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Ber-
nigerode eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: die Herren Camphausen, Graf
Eulenburg und mehrere Regierungs-Kommissare, später
Graf Eulenburg.

Herr v. Rabe referirt über die Uebersicht der
Staats-Einnahmen und Ausgaben von 1868 und be-
trachtet, den bezüglich derselben vom Abgeordnetenhaus
beschlossenen Gesetzentwurf anzunehmen, und über die
Resolutionen stillschweigend hinwegzugehen.

Graf zur Lippe verwahrt die Staatsschulden-
Kommission als solche gegen einen Auftrag vom an-
deren Hause. Die Kommission habe ihren Auftrag, den
sie auszuführen habe, bei ihrer Wahl erhalten. Er
beantragt, daß das Haus die Resolutionen ablehne und
damit zeige, daß es mit der Sache nichts zu thun ha-
ben wolle, wie materiell die Staatsschuldenkommission
auch nichts mit ihr zu thun habe. (Der Antrag wird
nicht ausreißend unterstützt.)

Die Herren Haffelbach und Wilkens wün-
schen, daß das Haus die Resolutionen mit Stillschwei-
gen übergehe, weil zur Bildung eines materiellen Ur-
theils dem Hause die Zeit gefehlt habe. Letzterer fügt
hingu, daß die Staatsschulden-Kommission auch ohne
besonderen Auftrag derjenigen Punkte, auf die es an-
komme, genau untersuchen werde.

Der Finanzminister erklärt, daß die Regie-
rung einer Prüfung der Aktien der Hauptverwaltung der
Staatsschulden nicht entgegengetreten werde, da sie über
das Resultat im Voraus beruhigt sei. Die frühere
Finanzverwaltung habe eine formelle Rechtsverletzung be-
gangen, die nur durch nachträgliche Genehmigung Sei-
tens des Landtages wieder in's Gleichgewicht gebracht
werden könne. Hätte Herr v. d. Hrydt gleich nach der
Ausführung der Operation dem Landtage Kenntniß von
derselben gegeben, so wäre ihm sicher bereitwillig In-
demnithat ertheilt worden. Sollte er (der Minister) je-
mals in die Lage kommen, von einer gesetzlichen Vor-
schrift abzuweichen, so würde er damit gleich offen vor
den Landtag treten. Wegen der Annahme des Geset-
zentwurfes habe die Regierung nichts einzuwenden.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.
Der Minister des Innern erhält jetzt das Wort
zur Beratung der Allerhöchsten Vollmacht, der zufolge
der Landtag heute Nachmittag um 3 Uhr durch den
Minister-Präsidenten geschlossen werden soll.

Der Reichsgerichtsbericht der Regierung über die
Ausführung des Gesetzes vom 5. Februar 1869 und die
Allgemeine Rechnung des Jahres 1866 werden ohne
Debatte genehmigt.

Die Gesetzentwürfe, betreffend Abänderungen des
Gesetzes wegen der 40 Millionen-Anleihe und der Ge-
setze wegen der Gerichtslokalen in den Bezirken der Ap-
pellationsgerichte zu Wiesbaden und Kassel werden in
Schlußberatung in der vom Abgeordnetenhaus be-
schlossenen Fassung ohne Debatte angenommen.

Eine Reihe von Petitionen gegen die Trennung
der Schule von der Kirche werden der Regierung zur
Erwägung überwiesen.

Es folgt die Wahl von je zwei Mitgliedern für
jede der Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und
Hessen-Nassau für die zur Ausführung des Gesetzes
wegen anderweiter Regelung der Grundsteuer in diesen
Provinzen nach §. 5 dieses Gesetzes zu bildende Cen-
tral-Kommission, deren Resultat jedoch nicht mitge-
theilt wird.

Hier ist die Tagesordnung erledigt; Herr von
Frankenberg-Ludwigsdorf dankt dem Präsidenten
für die Leitung der Geschäfte des Hauses und spricht
den Wunsch aus, daß derselbe es ermöglichen möge,
auch bei den künftigen Verhandlungen des Hauses den
Vorstoß führen zu können. (Die Mitglieder danken dem
Präsidenten durch Aufstehen von ihren Sitzen.)

Graf zu Stolberg dankt dem Vordrucker und
dem Hause für die wohlwollende Beurtheilung seiner
Amtsführung. Das unveränderte Vertrauen, das ihm
das Haus seit Jahren entgegengebracht, werde stets zu
seinen besten Erinnerungen gehören. Diesmal habe er
noch mehr wie sonst dem Hause für seine Rücksicht zu
danken, weil er durch mancherlei Geschäfte häufig ver-
hindert gewesen sei, seine Pflicht so zu erfüllen, wie es
eigentlich geschehen müßte. Die prinzipielle Wichtigkeit
der erledigten Vorlagen reize an die der unerledigt ge-
bliebenen nicht heran, bei deren Diskussion das Herren-
haus diesmal nur Zuhörer gewesen sei. Sollte ihre
Thätigkeit in einer für Alle gleich unangenehmen Zeit in

Anspruch genommen werden, so würden sie nach dem
alten Worte noblesse oblige mit aller Kraft und
Ausdauer ihre Pflicht erfüllen.

Nach einem dreimaligen Hoch auf Se. Maj. den
König wurde die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 12. Februar.

Der Präsident v. Jordanbeck eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr 30 Minuten.

Am Tische der Minister: Graf Eulenburg, welcher
vor der Tagesordnung dem Hause eine Allerhöchste Bot-
schaft mittheilt, wonach der Landtag heute Nachmittag
3 Uhr geschlossen wird.

Der Finanzminister hat ein Schreiben an das
Haus gerichtet, des Inhalts, daß, nachdem jetzt der Ge-
setzentwurf wegen anderweiter Regelung der Grundsteuer
in den neuen Landestheilen vom König vollzogen wor-
den ist, so daß das Gesetz in den nächsten Tagen pu-
blycirt werden kann, die Wahl von je zwei Mitgliedern
des Hauses aus jeder der neuen Provinzen vorgenom-
men werden möge.

Das Haus beschließt, daß die Wahl um 1 Uhr
stattfinden soll.

183 Petitionen werden als zur Erörterung im
Plenum nicht geeignet erachtet, und es folgt die Wahl
der drei Mitglieder für die statistische Central-Kommission.
Es werden gewählt die in Berlin wohnenden Abgeord-
neten: Miquel mit 192, Scharnweber mit 187 und
Bischow mit 181 von 221 abgegebenen Stimmzetteln;
es erhielten außerdem Glaeser, Achenbach, Gneist und
v. Bunsen Stimmen.

Abg. Müller (Hannover) berichtet Namens der
Geschäftsordnungs-Kommission über die Frage, ob durch
die Einennung des Abg. Schulz (Memel) zum Kreis-
hauptmann in Lehe, dessen Mandat als Abgeordneter
als erloschen zu erachten ist. Referent motivirt den
Antrag der Kommission, das Mandat für erloschen zu
erklären.

Nach längerer Diskussion, in welcher die Abg.
Stelzer und Brauchisch (Piatow) für das Nichterlö-
schen, Abg. Rosch für den Antrag der Kommission
sich aussprechen, beschließt das Haus, das Mandat des
Abg. Schulz (Memel) für erloschen zu erklären.

Abg. Stelzer berichtet Namens derselben Kom-
mission über den Antrag des Grafen Frankenberg auf
Herstellung eines Abstimmungs-Telegraphen. Die Kom-
mission macht den Vorschlag, das Haus wolle beschlie-
ßen, die Regierung zu ersuchen, im Sitzungssaale der
Abgeordneten einen elektromagnetischen Abstimmungs-
Telegraphen nach dem System Siemens und Halske
herstellen zu lassen. Redner beschreibt den Apparat aus-
führlich.

Abg. Löwe erklärt sich aus sittlichen Gründen
gegen den Antrag, denn das Votum des Hauses sei
doch etwas anderes als eine bloße Abstimmung.

Das Haus lehnt den Antrag ab, genehmigt den
Zusatz zu §. 4 der Geschäftsordnung, wonach über alle
Wahlen, bei denen nicht Beauftragung oder Ungültig-
keitserklärung Seitens der Abtheilung angetragen wird,
schriftlich berichtet werden soll; worauf der Präsident
die Namen der zu Mitgliedern der Grundsteuer-Central-
Kommission für die neuen Provinzen gewählten Herren
verliest.

Hierauf ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident giebt eine Uebersicht der Thätigkeit
des Hauses, welches in 111 Tagen 68 Plenarsitzungen
gehalten hat. Die Abtheilungen sind 99 Mal zusam-
mengetreten. 10 Mandate sind erledigt. Von 52
Vorlagen der Regierung haben 37 die Zustimmung bei-
der Häuser erlangt, eine ist im Abgeordnetenhaus ab-
gelehnt, 14 sind unerledigt geblieben. Der Staatshaushalt
hat das Haus in zusammen 19 Sitzungen be-
schäftigt, es sind dazu in der Vorberatung 108, in
der Schlußberatung 9 Amendements, ferner noch 48
Resolutionen gestellt worden. Die Kreisordnung ist in
18 Plenarsitzungen beraten; es sind zu derselben 217
Amendements gestellt worden; aus dem Hause sind 49
Anträge nebst 5 Gesetzentwürfen hervorgegangen, 37
Anträge sind erledigt, 7 in der Kommission durchbe-
rathen, einer ist zurückgezogen, 4 sind unerledigt geblie-
ben; von den 5 Entwürfen sind 2 vom Herrenhaus
abgelehnt worden, einer ist unerledigt geblieben. Von
1408 eingegangenen Petitionen sind 768 von den Kom-
missionen erledigt, 335 bezogen sich auf die Unterrichts-
gesetze, 90 auf die Kreisordnung. „Nun lassen Sie
uns, meine Herren, unsere Geschäfte mit dem treuen,
ehrbietigen Rufe schließen: „Es lebe Se. Maj. der
König hoch! hoch! und nochmals hoch!“

Das Haus stimmt in den Ruf ein.

Abg. v. Bonin richtet Namens des Hauses, das
sich von seinen Plätzen erhoben, Worte des Dankes an
den Präsidenten für die Leitung der Geschäfte.

Der Präsident schließt um 1¼ Uhr die Sitzung.

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Se. Majestät der König

arbeitete gestern Vormittag nach den Vorträgen der
Hofmarschälle Grafen Pücker und Peyroncher, des Geh.
Hofrathes Bock, mit dem Kriegsminister v. Moos und
dem Chef des Militär-Kabinetts v. Treseckow und Nach-
mittags mit den Geheimrathen Wehrmann und v. Wil-
mowski und conferirte nach Schließung des Landtages
mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. — Dem
Prinzen Georg machten der König und die Königin
wegen dessen Unwohlsein, zur Geburtstagfeier keinen
Gratulationsbesuch. Abends 8 Uhr besuchte der Hof
die französische Theater-Vorstellung und erschien alsdann
mit den Schweriner Gästen und den übrigen kaiserli-
chen Personen in der musikalischen Soirée des Oberst-
Kammerers Grafen Redern. — Die Königin-Wittve
hatte gestern die Mecklenburger Gäste zum Diner nach
Charlottenburg geladen. Dieselben werden mit der
Tochter, Herzogin Marie nur noch am Montag dem
Ballfest des Prinzen Friedrich Karl im Schlosse bei-
wohnen und dann am Dienstag nach Dresden abreisen
und später von Schwerin aus eine Reise nach Italien
antreten. — Die Königin wohnte gestern Nachmittag
im wissenschaftlichen Verein in der Singalademie dem
Vortrage des Direktor Rante: „Der Philologe Diefried
Müller“ bei. Mittags hatte sie Volkstüchen und das
Augusta-Hospital besucht.

Die „Zeitl.“ schreibt: So weit wir uns
haben informieren können, ist es nicht wahrscheinlich,
daß der Entwurf eines Strafgesetzbuches für den nord-
deutschen Bund, so wie er jetzt in zweiter Redaction
vorliegt, im Schooße des Bundesrathes noch wesentliche
Veränderungen erfahren wird. Dagegen soll allerdings
das Einführungsgesetz in seiner jetzigen Fassung zu Be-
denken Veranlassung gegeben haben, die vielleicht zu
einer anderweitigen Formulirung führen.

Die Eröffnung des Reichstages im Weißen
Saale des Schloßes erfolgt morgen Nachmittags 3 Uhr
durch den König.

Nach dem Schluß der gestrigen Sitzung des
Abgeordnetenhauses überreichte eine aus allen Fraktionen
desselben bestehende Deputation dem Präsidenten von
Jordanbeck in dessen Wohnung ein Ehrengeschenk, be-
stehend in einem kostbaren silbernen Theeservice. Das
Tablet trägt die Inschrift: „Dem bewährten Präsi-
denten des Abgeordnetenhauses, Herrn Max v. Jordanbeck,
zur freundlichen Erinnerung an die 10. Legislatur-
periode.“

In Abgeordnetenkreisen wurde heute mit fol-
gender Bestimmtheit behauptet, daß der Kultusminister von
Müller seine Entlassung erbeten und erhalten habe und
daß er bestimmt sei, die Verwaltung eines Oberprä-
sidiums zu übernehmen, daß wir desselben Erwähnung
thun zu müssen glauben. (Nach der „N. Pr. Ztg.“
ist diese Nachricht vollständig unbegründet.)

Der Abg. Dr. Hammerer geht, verschiedenen
Blättern zufolge, mit dem Gedanken um, eine große
Gesellschaft zum Bau von Sekundar- oder Vicinalbah-
nen durch ganz Deutschland ins Leben zu rufen.

Breslau, 11. Februar. Die „Schles. Z.“
meldet folgenden Eisenbahnunfall: Dem gestern Abend
in der ersten Stunde von hier abgegangenen Schnell-
zuge nach Berlin ist unterwegs ein Unfall zugefallen,
der leicht die gefährlichsten Folgen hätte haben können.
Hinter Maltsch gerietten nämlich aus bis jetzt noch nicht
ermittelten Ursachen sämtliche Wagen des Zuges, bis
auf den letzten, aus den Schienen. Der Lokomotiv-
führer, welcher dies nicht wahrnehmen konnte, fuhr mit
gleicher Schnelligkeit weiter. Daß die Wagen dicht
neben dem Geleise weiter liefen und sich auf dem Fahr-
damme erhielten, ist offenbar dem Umstande zuschrei-
ben, daß, wie bereits bemerkt, der letzte Wagen in den
Schienen geblieben war. Die expedirenden Beamten im
Postwagen wurden in Folge der bedeutenden Schwan-
kungen desselben die drohende Gefahr zuerst gewahr und
versuchten durch laute Zurufe die Bahnwärter, bei denen
der Zug vorüberfuhr, darauf aufmerksam zu machen,
was ihnen aber nicht gelang. Auch der Schaffner des
Postwagens war nicht im Stande, dem Zugführer ein
Haltesignal zu geben, da die Leine nicht angezogen ha-
ben soll. So fuhr denn der Zug mit derselben Schnel-
ligkeit immer weiter, und die Postbeamten, obwohl sie
wahrnahmen, daß sich ihr Wagen dicht am Rande des
Dammes befand und jeden Augenblick hinabgeschleudert
werden konnte, waren doch nicht im Stande, das Ge-
ringste zur Abwendung der Gefahr zu thun. Um we-
nigstens sich selbst für den Fall einer Katastrophe so
viel als möglich sicher zu stellen, legten sie sich auf den
Boden des Wagens nieder. Von den übrigen Passa-
gieren mochten die meisten schlafen und keine Ahnung
von der drohenden Gefahr haben: da gelang es end-
lich, den Führer von dem Entgleisen der Wagen zu
benachrichtigen und der Zug wurde zum Stehen ge-
bracht. Sogleich requirirte man nun aus Spitteln-
dorf eine Maschine mit Wagen, welche den Zug weiter
führte. Es ist nicht das geringste Unglück vorgekommen.

Schwerin, 13. Februar. Der Ministerprä-
sident Graf Bismarck ist mit einer Majorität von über

6000 Stimmen gegen etwa 800 zum Abgeordneten des Reichstags wiedergewählt worden.

München, 12. Februar. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der Adress-Entwurf der Majorität mit 78 gegen 62 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung fehlten 2 Stimmen von der Patriotenpartei und 11 von den Liberalen. Die 10 beanstandeten liberalen Wahlen (München und Gumburg) wurden heute für ungültig erklärt.

Ausland.

Paris, 12. Februar. Gestern und in der Nacht von Donnerstag auf Freitag sind 35 Personen wegen Komplots gegen die Regierung verhaftet worden. Bei den Verhafteten wurden viele Revolver, Dolche und Munition gefunden. Gestern Vormittag wurde ein Polizeilagent, welcher einen Arbeiter (Mechaniker) kraft eines Verhaftungsbefehles festnehmen wollte, von letzterem durch einen Revolververstoß getödtet. Der Thäter ist gefänglich eingezogen. Bei demselben wurde ein Brief von Gustav Flourens vorgefunden. — Zwei Redakteure des „Reveil“ sind verhaftet worden.

— Zu Anfang der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wird dem Präsidenten ein Brief von Rochefort übergeben. Der Präsident verweigert die Annahme desselben und befragt die Kammer darüber. Derselbe stimmt demselben bei. Hiermit wird dieser Zwischenfall erledigt.

— „Patrie“ zufolge sind sehr wichtige und compromittende Papiere bei mehreren der verhafteten Personen gefunden worden und werden die öffentlichen Gerichtsverhandlungen Jedermann von der Geheimschreiblichkeit und Wichtigkeit der Verhaftungen überzeugen. — Dasselbe Journal dementirt die Nachricht von der Abreise des General Castelnau nach Petersburg.

— Die Abend-Zeitungen veröffentlichen einen Brief Rocheforts an den Präsidenten Schneider. Der Brief beantragt, die Minister wegen Aufreizung zum Bürgerkrieg in den Anklagezustand zu setzen.

— Ulric de Fonville ist bis auf Weiteres auf freien Fuß gestellt worden. — Sieben Redakteure der „Reforme“ sind zum 18. d. vor das Justizpolizeigericht geladen.

— „France“ meldet, daß mehrere der gestern erfolgten Verhaftungen auf Grund eines gegen das Leben des Kaisers gerichteten Komplots vorgenommen wurden. Es wird auch versichert, daß bei den Verhafteten Briefe vorgefunden sind, welche Rochefort stark compromittiren.

— Der Prinz Pierre Bonaparte, welcher mit den Ruhestörern der letzten Tage unter einem Dache wohnt, scheint, wie das „Paris-Journal“ erzählt, großes Interesse an den Nachrichten aus der Stadt zu nehmen; er erkundigt sich über alle Einzelheiten der jüngsten Straßenergebnisse. Er hat den Direktor der Conciergerie, Grobon, um die Erlaubniß bitten lassen, die Tage vorher verhafteten Anführer sprechen zu dürfen. Er hatte die Absicht, jedem seiner Mitgefangenen die Summe von einem Franc zu schenken. Grobon trug Bedenken, diese Erlaubniß aus eigener Machtvollkommenheit zu erteilen und versprach, höheren Orts Instruktionen einzuholen.

— Der Kaiser hat am Abend des 8. geglaubt, seine Einmischung könnte nöthig werden. Er blieb bis in die späte Nacht in völlig militärischem Anzug, jeden Augenblick bereit, mit seinem Adjutanten zu Pferde zu steigen. Das „Journal de Paris“ legt ihm folgendes Wort in den Mund. „Ich denke, im Fall der Gefahr wird das parlamentarische Ministerium mir nicht verbleiben, neben dem Kriegsminister zu Pferde zu steigen.“ Nach dem „Figaro“ hätte er gesagt: „Gebt mir die Gewalt auf 48 Stunden zurück. Ich werde einen neuen Staatsstreich machen, und wenn ich in zwei Tagen die Leute unschädlich gemacht habe, welche Paris unterdrücken, so werde ich das parlamentarische Regiment wieder einführen.“ Man begreift, daß unter den Fremden, welche sich hier aufhielten, ein wahrer Schrecken ausgebrochen ist. Ging es doch im Juni letzten Jahres nicht anders. Sie haben gestern und vorgestern massenhaft die Stadt verlassen; die Verwaltung der Nordbahn hat einen Ertrag einlegen müssen, weil der Andrang zu stark wurde.

London, 11. Februar. Die Regierung scheint eine möglichst genaue Untersuchung über die mit dem Tode des fassenden Mädchens von Wales verbundenen Umstände beschließen zu haben, denn sie verläutet, hat sie bereits eine gerichtliche Untersuchung gegen den Vater des Mädchens und die Ärzte, welche aus freiem Antriebe die Ueberwachung unternommen hatten, einleiten lassen.

Madrid, 11. Februar. In der heutigen Sitzung der Cortes beschuldigt Ribero die Karlisten, auf's Neue einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Der Minister fügt hinzu, daß die Regierung nur Angehörige eines organisierten karlistischen Aufstandes den Belagerungszustand erklären würde.

Kopenhagen, 12. Februar. Die letzte hier eingetroffene Hamburger Post datirt vom 7. d. Zwischen Helsingör und Helsingborg ist eine schmale Passage über das Eis.

Konstantinopel, 11. Februar. Die „Turquie“ meldet, daß die Pforte nunmehr definitiv das Statut der ottomanischen Eisenbahngesellschaft und der für den Betrieb zu bildenden Gesellschaft angenommen hat.

Kairo, 12. Februar. Sicherem Vernehmen nach entbehren die Gerüchte von Rüstungen des Vicekönigs jeder Begründung. Die Beziehungen zwischen

dem letzteren und der Pforte sind durchaus zufriedenstellend.

Washington, 11. Februar. General Sherman hat im Senat eine Resolution zu Gunsten der Anerkennung der kubanischen Insurgenten als kriegsfähende Macht eingebracht. Dieselbe wurde dem Comité für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Newyork, 9. Februar. Die Newyorker „Times“ berichtet über eine Aeußerung des Präsidenten Grant über seine Ansichten in der Indianerfrage. Die Häuptlinge der Schirolen und der Creks nämlich hatten dem Präsidenten einen Besuch ab, und als einer von ihnen sagte: „Herr Präsident, wie sind heute gekommen, um Ihnen als unserm anerkannten Beschützer und Vormund unsere Huldigungen anzubieten und Sie zu ersuchen, auch fernerhin unser guter Freund und Vater zu sein,“ da gab General Grant die folgende Antwort: „Ihr seid mir willkommen, und was mein Fortfahren, „ein guter Vater“ zu sein, angeht, muß ich meine Antwort dahin abgeben, daß ich schon lange gedacht habe, die beiden Nationen, welche Ihr vertrittet, und alle civilisierten Nationen, im Indianergebiet sollten ihre eigenen Vormunde und guten Väter sein. Ich bin der Meinung, daß sie Bürger werden und mit allen bürgerlichen Rechten ausgestattet werden sollten — daß sie aufhören, Nationen zu sein und Staaten werden.“ Dies ist — fügt die Newyorker „Times“ hinzu — das Kühnste und das Bravste, was noch je über diese traurige Frage geäußert worden.

Pommern.

Stettin, 14. Februar. Zu der vorgestern Abend im Lokale der Grünhofbrauerei von dem Herrn D. Armbrorst berufenen „großen“ Volksversammlung, waren bis 9 Uhr etwa 350, mit geringen Ausnahmen dem Handwerker- und Arbeiterstande angehörigen Personen erschienen. Zunächst erhielt der als Gast anwesende Reichstagsabgeordnete Hasenclever das Wort, welcher in längerer Rede die von Schulz-Delitzsch in's Leben gerufenen Einrichtungen der Konsum-, Spar- und Kreditvereine kritisierte und schließlich zu dem Resultate kam, daß keiner dieser Vereine dem Arbeiter irgend einen Vortheil gewähre. Auch Armbrorst bezeichnete sodann die Vereine für den Arbeiter als durchaus nutzlos und meinte, es würde entschieden besser sein, wenn der Staat (!) Einrichtungen treffe, daß eine Arbeitslosigkeit, wie solche regelmäßig jeden Winter befehle, nicht eintrete. Durch Mangel an Arbeit und Erwerb werde der brotlose Arbeiter zu Diebstählen verleitet und komme dann ins Gefängniß. Allerdings sei die Lage des Gefangenen besser, als die manchen Arbeiters, indem er während der Haft Wohnung, Kleidung und Beköstigung, oft bei seiner Entlassung auch noch baares Geld durch sogenannte „Uebervordienste“ erhalte. — Sodann wurde von A. ein Schreiben mehrerer Arbeiter verlesen, in welchem dieselben sich darüber beklagen, daß sie vor Kurzem von der Eisenbahnverwaltung mit dem Bemerken entlassen, daß für sie keine Arbeit mehr vorhanden und sie dadurch in eine traurige Lage gekommen seien. Es sprachen dann noch die Mitglieder Finn und Strümpel, sowie ein Fabrikarbeiter Appel, welcher lebhafte in dem Verhalten des Präsidenten Schweißer Ungeheuerlichkeiten finden wollte, was Herr Armbrorst indessen sehr übel nahm. Zwei von A. gestellte Resolutionen, dahin lautend: „die Versammlung möge ihr ernstes Mißfallen über die an Mitgliedern des deutschen Arbeitervereins in hiesiger Stadt verübten Missethaten ausdrücken“ und „an die hiesigen Behörden das Ersuchen stellen, dem dringenden Nothstand der Arbeiter baldmöglichst Abhülfe zu verschaffen“, wurden angenommen. — Die Versammlung schloß nach 11 Uhr mit einer Kollekte zur Deckung der Unkosten für die Benutzung des Lokals und der Unkosten, welche dem Herrn Reichstagsabgeordneten H. durch sein Erscheinen erwachsen seien.

— In der am 4. September v. J. erlassenen Ministerial-Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund vom 21. Juni v. J. findet sich die Bestimmung, daß Versicherungs-Agenten, sobald sie ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, abgesehen von den für ihr stehendes Gewerbe zu entrichtenden Steuern, auch noch einen Gewerbebeschein lösen und dafür eine besondere Steuer von 16 Thaler entrichten sollen. Nachdem der Herr Finanzminister den Antrag von 11 Versicherungs-Alten-Gesellschaften, die Anordnung zurückzunehmen, abgelehnt hat, ist von den Vertretern dieser Gesellschaften unterm 24. Januar d. J. dem Hause der Abgeordneten eine Petition eingebracht worden, um durch die Intervention desselben die Zurücknahme der gedachten Anordnung herbeizuführen. Die Aufrechterhaltung der getroffenen Maßregel würde nicht bloß die Agenten mit Rücksicht auf die im Falle des auswärtigen Geschäftsbetriebes eintretende steuerliche Ueberbürdung von dem Gebrauch der ihnen durch die Gewerbeordnung gegebenen Freiheit zum Auffuchen von Versicherungen abhalten, diese Befugniß also völlig illusorisch machen, sondern auch die Lage des Privatversicherungsgewerbes gegenüber dem früheren Zustande wesentlich verschlimmern. Die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften würden nämlich in diesem Falle den Konsumzinsbestrebungen der Kommissarien der öffentlichen Sozialitäten, welchen nach Entscheidung des königlichen Finanzministeriums eine Verpflichtung zur Zahlung von Gewerbesteuren nicht obliegt, die sich also dem freigegebenen auswärtigen Betrieb der Versicherungsvermittlung rücksichtslos hingeben können, hilflos gegenüberstehen. Das Vorstehende der hiesigen Kaufmannschaft hat sich daher der Petition der 11 Versicherungs-Altengesellschaften angeschlossen.

— Wir theilen folgenden, den Frachtkosten betreffenden, vom Ober-Tribunal angenommenen Rechtspruch mit: Der Absender von Gütern, welche einer steueramtlichen Behandlung unterliegen, kann sich der Verpflichtung, dem Frachtführer für alle Strafen und Schäden zu haften, welche denselben wegen Unrichtigkeit der Begleitpapiere treffen, nicht dadurch befreien, daß ein Gefellschafter oder Gehülfe die Unrichtigkeit des Frachtbriefes verschuldet habe.

— Ein Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 4. November v. J. lautet: Die Mitglieder des Presbyteriums einer evangelischen Gemeinde sind Beamte und üben bei der Beilegung an der Wahl des Pfarrers eine Amtspflicht aus; die ihnen unter Anbithung einer Geldbelohnung gestellte Zumuthung, sich bei der Predigerwahl anders, als wie es die kirchliche Pflicht gebietet, zu verhalten, ist Versuch einer Beamtenbestechung im Sinne des §. 311 des Strafgesetzbuchs.

— Nach einem am 29. Oktober v. J. ergangenen Erkenntniß des Ober-Tribunals wird auch der Minderjährige, wenn er es verabsäumt, sich innerhalb der ihm polizeilich gesetzten Frist ein Unterkommen zu verschaffen, von der Strafe des Strafgesetzbuchs §. 119 Nr. 3 betroffen. Diese Anordnung bestraft denjenigen, welcher nach Verlust seines bisherigen Unterkommens binnen einer, von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Frist sich kein anderweites Unterkommen verschafft und auch nicht nachweisen kann, daß er solches, aller angewandten Mühe ungeachtet, nicht vermocht hat. Die Vorschriften des Civilrechts hinsichtlich der Minderjährigen könnten auf das Strafrecht nicht angewandt werden.

— Der Steuer-Hebeltag in Freienwalde pro Februar d. J. wird am 18. d. Mts., Nachmittags, abgehalten werden.

— Auf dem Kongreß der Delegirten der landwirthschaftlichen Haupt- und Central-Vereine im norddeutschen Bunde ist die pommersche ökonomische Gesellschaft durch die Herren Landwirthschaftsdirktor v. Hagen-Premislaw und Prof. Dr. Birner vertreten.

— Die diesjährigen Beratungen des königlichen Landes-Ökonomie-Kollegiums begannen am 22. d. M. Der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten überlegt Vorlagen wegen Herstellung einer wirksamen Kontrolle des Handels mit künstlichem Dünger, ferner wegen der den landwirthschaftlichen Lehranstalten beizulegenden Berechtigung zum Ausstellen von Qualifikations-Zeugnissen zum einjährigen freiwilligen Militärdienste, endlich wegen Unterstützung des Flachsbauens und der Leinen-Industrie.

— Nachdem die im vorigen Jahre bei einzelnen Infanterie-Truppentheilen angestellten Versuche mit neuen Tornistern sich bewährt haben, ist deren allgemeine Einführung bestimmt worden. Der Hauptvortheil der neuen Tornister besteht in ihrer Leichtigkeit, welche durch Beilegung des bisherigen schwerfälligen hölzernen Einschlages bewerkstelligt ist, an deren Stelle drei dünne, mit Bänder-Charnieren verbundene Bretchen treten.

— Vorgestern Abend ist auch die Frau des Arbeiters Palmgrün an den Folgen der Einatmung von Streikolendampfen gestorben.

— Der als Spieler und Bauernfänger bekannte Schriftsteller Julius Wilhelm aus Treptow a./N. wurde vorgestern Abend bei dem Versuche, ein auf den Eigenthümer Christi Behm in Verchoff lautendes Sparlassenbuch über 142 Thlr. unter verdächtig erscheinenden Umständen zu veräußern, angehalten und verhaftet. Wie ermittelt, war Behm von mehreren bekannten Spielern nach dem Ottoschen Lokal, Kaschke Nr. 22, gelockt und ihm dort im „Rummelblättchen“ das Buch abgenommen. Jedemfalls hat sich Wilhelm mit bei der fauberen Sippigkeit befunden.

*** Singst a. N., 14. Februar.** Seit den ersten Tagen des Januar 1861, als der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. starb und begraben wurde, wies man sich hier solcher Kälte nicht zu erinnern, wie sie vor 8 Tagen auftrat. Als tiefster Stand wies der Thermometer eines Morgens 16 Grad nach. Bei einer Vergleichung mit den Berichten aus andern Orten unserer Provinz ist doch ein bedeutender Unterschied bemerkbar, der durch die Nähe der See verursacht wird, da anderwärts die Kälte größer gewesen ist, oft um 4—6 Grad differirend. Man ist seit Jahren an milde Winter gewöhnt, daher hat die plötzliche Kälte manchen Verlust herbeigeführt. So sind Kartoffeln in Meisen und Kellern erfroren, ja bei ärmeren Leuten, die sie im Hause aufbewahren, zuweilen in den Stuben, die sie bewohnen. Die hiesigen Landwege waren vor Eintritt des kalten Frostes sehr tief, wurden aber in einer Nacht so holprig, daß eine Landfabrik entseztlich und für Pferde und Wagen gefährlich wurde. Im Laufe der Zeit sind die Wege aber glatt gefahren, daß augenblicklich der Mangel einer Chaussee nicht gefühlt wird. Leider aber macht die gegenwärtige Kälte die Beschwerden des Winters für die Armuth sehr drückend, da in hiesiger Gegend Holz und Torf noch theurer sind als in Stettin und die Zahl der unbefähigten Arbeiter seit einigen Wochen bedeutend zugenommen hat. Die Landherren sind in Folge mehrerer schwächeren Ernten zu vielen Einschränkungen genöthigt. Dazu kommen die gegenwärtigen niedrigen Getreidepreise, wodurch die Existenz manches Pächters, der theuer gepachtet hat, ja manches Besters bedenklich wird. Um so weniger ist es zu verwundern, daß viele Arbeiter, die in guten Jahren und unter besseren Verhältnissen auch im Winter Gelegenheit zum Verdienste boten, möglichst eingeschränkt werden. Auch die Dreschmaschinen, die nicht nur auf Gütern, sondern auch überall auf den Bauernhöfen in Gebrauch sind, machen im Vergleich zu früheren Jahren manche Ar-

beitskräfte überflüssig, die nothwendig waren, als noch das Getreide mit der Hand gedroschen wurde. Eine nicht geringe Zahl arbeitsfähiger Leute durchlebt die Umgegend und sucht vergeblich Beschäftigung und Verdienst. Auch die letzte Aussicht auf Arbeit am Chausseebau, der, wie es hieß, bei der Wittower Fähre beginnen sollte, scheint zu schwinden, weil über die Richtung der Chaussee noch Ungewissheit herrscht, da der letzte Kreistagsbeschluss bisher noch nicht bestätigt worden ist.

— Schließlich möge hier noch die Mittheilung Platz finden, daß nunmehr als Termin für die Abgangsprüfung der hiesigen Seminaristen der 4. und 5. April und zur Aufnahme neuer Zöglinge für das hiesige Hülfsseminar der 6. April festgesetzt ist. Der Kursus dauert drei Jahre und beginnt zu Ostern für die bisherige Zahl von 10 Zöglingen.

Neclau, 13. Februar. In unserm Nachbardorfe Pelsin entstand gestern Mittag Feuer, welches ein Stallgebäude des Bauern Bartel und zwei Tagelöhnerwohnungen in Asche legte. — Es courstren jetzt Medlenburger Thaler, von denen 18 auf eine feine Mark gehen, während bei vollgültigen nur 14 dazu gehören. Jene haben nur einen Werth von 22½ Sgr.

Vermischtes.

Danzig. Im Stadttheater haben wegen der großen Kälte die Vorstellungen ausgesetzt werden müssen.

Rußland. Man schreibt der Augsburger „Allgemeinen Zeitung aus Petersburg vom 30. Januar: „Bei dem Prozeß der Rubelscheinfälscher enthüllte der Student Kiebori in seiner Vertheidigungsrede wahrhaft grausenregende Thatfachen. Man hält die politischen Verbrecher in feuchten, dumpfigen, unterirdischen Kellern, wohin kein Tageslicht dringt, und in denen es von Ratten und Ungeziefer wimmelt, und setzt ihnen dürstige halbverfaule Kost vor, die man nur mit innerm Widerwillen und mit Ekel, um dem Hungertode zu entgehen, genießt. Sämmtliche Angeklagte litten an Scorbut, der älteste von ihnen, der einzige gefestete Mann, Zagorski, 54 Jahre alt, war buchstäblich verfault, das Muskelfleisch hing an seinem Körper wie eine breiartige Masse, wie Gelatine. Alle Angeklagten boten einen Anblick des Jammers und Elends dar. Wahrscheinlich wurden sie bei der Voruntersuchung behandelt, welche von der geheimen Polizei geführt ward. Die Leiter dieses verurtheilten Instituts, welches einen Schandfleck unter den wohlthunenden Reformen der jetzigen Regierung bildet, ließen die Verhafteten Tage lang hungern, dann wieder Tage lang dursten, um ihnen gewünschte Gesandnisse abzupressen; die Verhafteten wurden mit Ruß und Stodprügeln traktirt, und überdies bei jedem Berühr von den Inquisitoren der dritten Abtheilung (geheime Polizei) mit Häufen in's Gesicht geschlagen und auf die gemeinsame Weise beschimpft.“

— Briefe aus Yokohama theilen mit, daß die Ober-Offiziere der österreichischen Marine Expedition eine Audienz beim Mikado hatten, der über die ihm vom Kaiser gesandten Geschenke, namentlich die ungarischen Fabrikate, große Bewunderung an den Tag legte. Unter denselben befindet sich ein Piano, auf dem ein Attaké der österreichischen Gesandtschaft mehrere Piecen vortrug. Der Mikado, der nie zuvor ein Piano gesehen, war darüber so entzückt, daß er seine Gemahlin sofort veranlaßte, Stunden zu nehmen. Lady Parker, die Gemahlin des britischen Gesandten in Jeddo, wird ihrer japanischen Majestät im Pianofortespiel Unterricht erteilen.

— Ein seltener Prozeß wurde kürzlich bei dem Gericht in Kingston, N.-Y., anhängig gemacht. Eine Dame, welche einer anderen befehllich war, einen 100,000 Dollars reichen Gatten „zu fangen“, verklagte die glückliche Ehefrau auf Zahlung von 3000 Dollars, zu der sich letztere verpflichtet hatte, falls die Heirath zu Stande käme. Klägerin hatte durch Arrangement von Solisten, Pianos, Monatschein-Erstellungen u. dergleichen Ausgaben gehabt, der Zweck war erreicht, doch verweigert die Beklagte die Gatten Zahlung, vielleicht wohl nur — weil der Geklagene den Preis der angelegten Rosenfesseln zu hoch findet.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Februar. Wetter leicht bewölkt. Temperatur — 3° R. Morgens — 8° R. Wind NO.

An der Börse.
Weizen wenig verändert, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ. geringer 53—54 „ besserer 55—56 „, 57½—59 „, feinsten 60 „, 83—85 Pfd. pr. Hekt. 60½ „ bez. u. Bd., per Mai-Juni 61½ „ bez., per Juni-Juli 62½ „ bez.
Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 75 bis 76 Pfd. 36 „, 77 Pfd. 37½ „, 79 Pfd. 39 „, 80 Pfd. 40 „, 82 Pfd. 42 „, per Frühjahr 41½ „, 1½ „ bez., per Mai-Juni 42½ „, 42 „ bez., Juni-Juli 42½ „, 42 „ bez. gest. geschäftlos.
Hafer matter, pr. 1300 Pfd. loco 23½—25½ „, 47—50 „ b. per Frühjahr 25½ „ bez. u. Br., Mai-Juni 26½ „ bez. u. Br.
Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter. 40—42½ „, 40 „, 42 „, Frühjahr Futter. 43 „ bez.
Buchweizen pr. 1750 Pfd. 39 „ bez.
Winterweizen pr. 1800 Pfd. Sonnabend August-September 94 „ bez., 93½ „ Bd., September-Oktober 94½ „ bez.
Petroleum loco 8½ „ bez., per Febr. 8½ „ 1½ „ bez. u. Bd.
Kaffee wenig verändert, loco 13 „ Br., per Febr. 12½ „ bez., Februar-März 12½ „ bez., April-Mai 12½ „ bez., 12 „ Bd., September-Oktober 12½ „ bez. u. Bd., 12 „ Bd.
Speitens etwas matter, loco ohne Fass 14½ „ bez., per Februar-März 14½ „ bez., März-April 14½ „ bez., April-Mai 15½ „ bez., Mai-Juni 14½ „ bez., Juni-Juli 15½ „ bez., 15 „ Bd., Juli-August 15½ „ bez. u. Br., 15 „ Bd., August-September 15½ „ bez. u. Br., 15 „ Bd.
Kautschuk-Felle: Weizen 60½ „, Roggen 41½ „, Hafer 12½ „, Speitens 14½ „.

(Schluß.)

Todes-Anzeige.

von der Groeben,
Geheimer Ober - Finanzrath.

Der Vorstand.

Tagesordnung.

Nichtöffentliche Sitzung.

Stettin, den 1. November 1869.

Vom 1. April 1870 ab, hört jede fernere Verzinsung dieser Rentenbriefe auf.

Inhabern von ausgelooften und gefündigten Rentenbriefen soll bis auf Weiteres gestattet sein, die zu realisirenden Rentenbriefe unter Befugung einer vorchriftsmässigen Quittung auf der Post an unsere Kasse einzureichen, worauf auf Verlangen die Ueberbung der Saluta auf gleichem

Bege auf Gefahr und Kosten des Empfängers erfolgen wird.

der Rentenbank für die Provinz Pommern.
Triest.

Abends 7 Uhr:

für Kammermusik und Chorgesang.

PROGRAMM.

- ## Polizei-Bericht.

In der Nähe von Stettin ist ein Grundstück mit Restauration und Schankwirthschaft nebst Regelsbahn billig zu verkaufen. Näheres Jakobikirchhof 8.
Julius Nicolay.

Und dieses Beispiel glorreicher Tapferkeit, diese Treue, Ausdauer und Beharrlichkeit von Colberg's Bürger und Soldaten waren nicht allein erhebend, ermutigend und erwärmend für alle Zeitgenossen, sie streuten einen Samen aus, der befruchtend wirkte auf die nachkommenden Geschlechter, der vielleicht nicht wenig dazu beigetragen hat, jenen Muth, jene felsenfeste Standhaftigkeit und Vaterlandsliebe zu entzünden zu nähren und zu fördern, vermöge deren Colberg brinabe ein halbes Jahrhundert später nach dem unerforschlichen Rathschlusse der Vorsehung mit wenigen anderen Orten die Ehre des preussischen Namens zu retten bestimmt war.

Annoncen-Expedition

in alle **Blätter** aller **Länder**.

Vertreten an den bedeutendsten Plätzen des In- und Auslandes.

Haupt-Bureaux:

Hannover.

Theaterplatz Nr. 7,

Tägliche Expedition. — Originalpreise. — Keine Porto-, keine Spesen-Berechnung.

— Mannigfache Vertheile. — In allen Fällen streng solide Bedienung,

Insertions-Tarife gratis.

Berein für Armenpflege in
St. Gertrud.

Da bekanntlich die Lastadie sehr viel Arme hat, so ist es sehr wünschenswerth, daß die Zahl der Mitglieder wieder größer werde. Zur Aufnahme solcher ist bereit der Prediger **Pfundheller**, Wallstraße 30. Derselbe wird auch die an den Thüren zu besetzenden Mitgliedsarten verabsolgen.

Der Preussische Kunstverein

bat durch seine mit jedem Jahre steigende Leistungsfähigkeit einen Aufschwung gewinnen, der es ihm ermöglicht, bei der im November stattfindenden Verlosung jedem seiner Mitglieder für den geringen monatlichen Beitrag v. 1 *fl.* 10 *Sr.* in der Abtheil. A. und 2 *fl.* 10 *Sr.* in der Abtheil. B. unbesiegt ein Original-Deigemälde zu liefern, welche den positiven Werth von mindestens 4 *fl.* 10 *Sr.* aufsteigend bis zu 80 *fl.* 10 *Sr.* haben. Diese Werke, sowie auch Gemälde zu Kauf stehen in der Ausstellung des Vereins, Berlin, Dorotheenstr. 31, täglich v. 11–3 Uhr zur Aufsicht, auch werden hier Anmeldungen neuer Mitglieder entgegen genommen.

C Credsted.

**Commissions-, Speditions-, Agentur-
und Incasso-Geschäft.**

Aarhus.

Das große Brandunglück, durch welches die Stadt **Havelberg** heimgesucht ist, veranlaßt uns zu der herzlichsten Bitte, den vielen Nothleidenden durch Unterstützung an Geld und Kleidungsstücken zu Hülfe zu kommen. Die unterzeichneten Vorstands-Mitglieder sind bereit, dergleichen Gaben in Empfang zu nehmen und weiter zu befördern.

Stettin, den 10. Februar 1870.

Der vaterländische Frauen-Verein.

Ulrike Heindorf. Amalie von Münchhausen.
Adelheid Burscher. Auguste Brause.
Emilie Pischky. Charlotte von Werder.

Herzogl. Sachsen=
Weiningensche 7 Fl. = 4
Thlr. = Prämien-Anleihe.

Beauftragte, Zeichnungen auf diese Anleihe, welche in jährlich mehrmaligen Ziehungen durch Gewinne von 45000 bis 8 Gulden amortisirt wird, entgegen zu nehmen, halte ich die 7 fl. = 4 Tblr Prämien-Antheilscheine zum Emissionscour:

v. 6½ Gulden südd. Währung
zur Subscription empfohlen.

Adolph Lange.

große Oberstraße Nr. 17.

Zur Beachtung für Fußleidende!

Ich erlaube mir allen Fußleidenden die ergebene Anzeige zu machen, daß ich Hülserungen, Ballen, eingewachsene Nägel, Frost und Wargen nach der Methode meiner Lehrerin, der Königl. Preuß. ex m. Operaterin Frau **Elisabeth Kessler**, ohne Anwendung eines Messers, auf durchaus schmerzlose und unschädliche Weise gründlich entferne, und werde ich Herrschaften, denen daran liegt, ihre Fußpflege beschaßigt zu wissen, bei einem mäßigen Abonnement-Donator allmonatlich einen Besuch abstaten. **Speichstraße für Damen 9—1, für Herren 2—5 Uhr.**
Marie Gröning. Fußärztin. Paradenplatz 35. par.

